

Liebe Genossinnen und Genossen in der SPD,

ihr habt in diesen Tagen die Aufgabe, Ja oder Nein zum Koalitionsvertrag zu sagen. Uns steht es nicht zu, dass wir Euch in dieser Frage eine Empfehlung geben.

Wir machen aber auch keinen Hehl daraus, dass wir - bezogen auf die zentralen friedens- und umweltpolitischen Bereiche dieses Koalitionsvertrages - richtig enttäuscht sind.

Kurz vor der Bundestagswahl schickte uns der SPD-Kandidat Hampel zu diesen Fragen seine Position.

Der forderte z.B. den Ausbau der Windenergie an Land, den weiteren raschen Fortgang der Energiewende mit dem Ziel, auch schon vor 2022 aus der Atomenergie auszusteigen. Er setzte sich dafür ein, dass die Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden. Bezogen auf den Waffenexport setzte sich Hampel für eine transparentere Entscheidungsstruktur ein. Der Bundestag müsse mit einbezogen werden.

All diese Positionen sind im Koalitionsvertrag verwässert, z.T. nicht wiederzuerkennen. Vor allem auch im Bereich des Klimaschutzes macht der Koalitionsvertrag eine Rolle rückwärts. Die neue Regierung aus CDU und SPD wird – so muss man befürchten - als Bremser auftreten.

Wir bitten euch, unsere kritischen Punkte bei der Antwort im Rahmen der Mitgliederbefragung zum Koalitionsvertrag zu bedenken.

Mit freundlichem Gruß

Für die FI Nottuln

Norbert Wienke
Robert Hülsbusch

Stellungnahme der Friedensinitiative Nottuln zum Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD

Die FI Nottuln möchte den SPD-Mitgliedern gerne ihre Anmerkungen zu den im Koalitionsvertrag vereinbarten politischen Zielsetzungen mitteilen. Hierbei haben wir uns bei der Bewertung auf Friedens- und Umweltpolitische Bereiche konzentriert.

- NATO

Zur Nato heißt es: "Die Bundesregierung bekennt sich zu ihren bündnispolitischen Zusagen und wird ihren Beitrag zum Aufbau der NATO-Raketenabwehr leisten, die wir für den effektiven Schutz vor der Bedrohung durch Raketen in den Händen von Risikostaaten benötigen. Die Bundesregierung wird dabei mit ihren NATO-Partnern gemeinsame und kooperative Lösungen suchen, die nicht zu neuen Spannungen und Rüstungswettläufen führen. (S. 169)

FI-Stellungnahme: Der Aufbau der Nato-Raketenabwehr wird von Russland als direkte Bedrohung empfunden und steht im Gegensatz zu dem Ziel neue Spannungen und Rüstungswettläufe zu vermeiden.

- Neuausrichtung der Bundeswehr

Zur Bundeswehr heißt es: „Wir bekennen uns zu einer starken Verteidigung mit modernen und leistungsfähigen Streitkräften. Die Bundeswehr hat sich als Armee in der Demokratie und für die Demokratie bewährt. ... Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz. Mit ihrer Neuausrichtung wird sie auf die veränderten sicherheitspolitischen Heerausforderungen des 21. Jahrhunderts ausgerichtet. Wir werden diese Neuausrichtung konsequent fortsetzen und zum Erfolg führen.“ (S. 176). In den Abschnitten danach heißt es u.a., dass „feierliche Gelöbnisse ...Ausdruck der Verankerung der Bundeswehr in der demokratischen Gesellschaft“ sind (S. 176-77), und: „Die Jugendoffiziere leisten eine wichtige Arbeit bei der Information über den Auftrag der Bundeswehr. Wir begrüßen es, wenn möglichst viele Bildungsinstitutionen von diesem Angebot Gebrauch machen. Der Zugang der Bundeswehr zu Schulen, Hochschulen, Ausbildungsmessen und ähnlichen Foren ist für uns selbstverständlich“ (S. 177).

FI-Stellungnahme: Warum soll es laut Koalition explizit "Information" bzw. Werbung zur Bundeswehr in den Schulen geben, doch nicht explizit zur Polizei, zur Diplomatie oder zu Hilfswerken? Warum soll es nicht explizit vorrangig Werbung für zivile Konfliktbearbeitung geben? Warum nicht eine vorrangige Orientierung von Schulen und Hochschulen auf zivile statt militärische Konfliktbearbeitung? Sehr seltsam mutet es in diesem Zusammenhang auch an, wenn der Dienst bei der Bundeswehr in dem Kapitel über „Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste“ in einem Atemzug mit anderen, zivilen Freiwilligendiensten genannt wird (S.112).

- Abrüstung

Die Bundesregierung wird sich dafür einsetzen, dass zwischen den USA und Russland Verhandlungen zur verifizierbaren, vollständigen Abrüstung im substrategischen Bereich beginnen, und entsprechende Schritte beider Partner engagiert unterstützen. Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung für einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Atomwaffen. (S. 170)

FI-Stellungnahme: „Eine Entscheidung über den Abzug der Atomwaffen aus Büchel wird abhängig gemacht von Abrüstungsverhandlungen zwischen den USA und Russland; des Weiteren ordnet sich Deutschland in dieser Frage vollkommen der NATO, sprich den USA unter. Dies ist ein großer Rückschritt im Vergleich zum Koalitionsvertrag von 2009. Der Abzug der Atomwaffen aus Deutschland wird aufgegeben.

- Rüstungsexporte

Alle im nichtstaatlichen Bereich in Deutschland gehandelten und geführten sowie für den Export vorgesehenen und vom VN-Kleinwaffenaktionsprogramm erfassten Klein- und Leichtwaffen sollten in Zukunft mit einer möglichst unauslöschlichen Markierung versehen werden, um deren Nachverfolgbarkeit zu ermöglichen. Auch die weltweite Umsetzung des internationalen Waffenhandelsvertrags (ATT) wollen wir energisch vorantreiben. (S. 170)

Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie. Wir setzen uns für den Erhalt ausgewählter Schlüsseltechnologien und industrieller Fähigkeiten, ins-besondere auch bei mittelständischen Unternehmen, ein. Wir setzen auf eine verstärkte europäische und euroatlantische Rüstungskoooperation, die konkrete gemeinsame Ausrüstungs- und Beschaffungsvorhaben nach den gleichen Standards für alle Nationen umsetzt. Hierbei spielt die Europäische Verteidigungsagentur eine Schlüsselrolle. (S. 178)

FI-Stellungnahme: Kein Wort über eine Einschränkung der Rüstungsproduktion oder gar ein vollständiges Verbot ihres Handels. Im Gegenteil: Die Rüstungsproduktion soll erhalten und die europäische Kooperation in dem Feld gestärkt werden. Die Markierung von Kleinwaffen löst nicht das Problem der Weiterverbreitung und die Situation, dass Kleinwaffen die Massenvernichtungswaffen unserer Zeit sind.

Im Bereich Menschenrechte werden Macht- und Wirtschaftsinteressen auch weiterhin strategischen Partnerschaften, wie zum Beispiel zu Saudi Arabien, untergeordnet. Weiterhin wird Deutschland gewissenlos Waffen an menschenrechtsverachtende Regime verkaufen.

Zum Rüstungsexportbericht wird nur festgehalten, dass der Bericht gegenüber der bisherigen Praxis beschleunigt und in Zukunft gegenüber dem Bundestag „unverzüglich“ geschehen soll. Der Bericht soll bis Mitte des Folgejahres vorliegen und um einen Zwischenbericht ergänzt werden (S. 16).

- Energiewende und Klimaschutz

- Kein Klimaschutzgesetz wie von SPD gefordert.
- Das Wachstum der Erneuerbaren Energien wird gedeckelt.
- Der Ausbau der Windenergie an Land wird abgewürgt.
- Die SPD ist mit all ihren atompolitischen Forderungen abgeblitzt: Die AKW-Betreiber bekommen Steuererleichterungen von jährlich einer Milliarde Euro.
- Freie Bahn für schmutzige Braun- und Steinkohle.
- Kein Fracking-Verbot in Sicht.
- Keine relevante Förderung der Energieeffizienz.

Im Bereich der Energiewende sieht der Koalitionsvertrag die gesetzliche Festlegung eines drastisch reduzierten Ausbautempos der Erneuerbaren Energien vor. Die Zubauraten werden gegenüber heute mehr als halbiert und die Große Koalition bleibt selbst hinter den Zielen von Schwarz-Gelb von 2010 zurück.

Der energiewirtschaftlich wichtige Zubau der preiswerten Windenergie an Land soll weitgehend unterbunden werden, indem hohe Abstandsgrenzen zur Wohnbebauung eingeführt werden können und ein wirtschaftlicher Betrieb nur noch an absoluten Top-Standorten ermöglicht werden soll (Referenzertragswert von 75-80 %). Damit würde wahrscheinlich südlich von Hannover keine Windkraftanlage mehr gebaut werden können. Die energiewirtschaftlich vergleichsweise bedeutungslose Offshore-Windkraft der Konzerne hingegen soll weiterhin großzügig vergütet werden und die Strompreise unnötig belasten.

Für neue Solaranlagen soll spätestens mit dem baldigen Erreichen einer „Obergrenze“ der installierten Leistung von 52 Gigawatt die Möglichkeit der Netzeinspeisung zu wirtschaftlichen Bedingungen beendet werden.

Der CO₂-Emissionshandel fällt als Lenkungsinstrument für klimafreundliche Investitionen aus, da die überschüssigen Zertifikate nicht stillgelegt werden. Dadurch werden die bestehenden Braun- und Steinkohlekraftwerke der Energiekonzerne weiter stark begünstigt. Darüber hinaus sollen alle Kraftwerke (versteckt im Wort "technologieoffen") über einen „Kapazitätsmechanismus“ subventioniert werden.

Ein eindeutiges Fracking-Verbot findet sich anders als vorher angekündigt nicht. Obwohl der Koalitionsvertrag die Energieeffizienz als zweite Säule einer nachhaltigen Energiewende benennt, enthält er wenig sinnvolle Maßnahmen diese zu stützen. Wichtige Projekte wie die steuerliche Förderung von Gebäudesanierungen tauchen überhaupt nicht auf.